

Für Schulsachen steht kein Cent zur Verfügung

PROTEST Rat offenen Brief überreicht

Ver.di-Erwerbslosenausschuss fordert Bildungsfond von Stadt Norden.

NORDEN/MA – Der ver.de-Erwerbslosenausschuss Ostfriesland/Wilhelmshaven hat gestern den Politikern des Rates der Stadt Norden einen offenen Brief überreicht. Darin wird auf den Bildungsnotstand bei Kindern aufmerksam gemacht, deren Eltern vom Arbeitslosengeld II (Hartz IV) leben müssen. Diese könnten ihren Nachwuchs noch nicht einmal für die Schule richtig ausstatten.

Kindern bis 14 Jahren stünden monatlich gerade mal 207 Euro zur Verfügung. Mit diesem niedrigen Satz sollten sie Essen, Trinken, Bekleidung, Spielzeug und mehr

abdecken. Die Bildung bleibe dabei jedoch ausgeklammert, denn für Arbeits- und Schreibhefte, Stifte, Blöcke, Kopiergeld, Tuschkasten, Klassenkasse und Ähnliches erhielten die Familien keinen Cent.

Dieser Umstand sei unhaltbar. So könne es für diese Kinder keine Chancengleichheit geben, erklärten Klaus Bagusat (ver.di-Erwerbslosenausschuss aus Norden) und ver.di-Fachsekretärin Giesela Brandes-Steggewentz gestern, bevor sie und andere Unterstützer sich im Rahmen eines stillen Protest-Spazierganges auf den Weg durch die Stadt zum Hotel Deutsches Haus begaben, wo der Rat tagte.

Um dieser Misere zu begegnen, seien auch die Kommu-



An der Aktion des ver.di-Erwerbslosenausschusses nahmen gestern rund 20 Personen teil. Unser Foto zeigt die Gruppe auf dem Weg zur Ratssitzung.

FOTO: MARTENS

nalpolitiker gefragt, sagten sie und forderten die Einrichtung eines Bildungsfonds, aus dem die Anschaffung der Schulmaterialien für diese Familien finanziert werden könnten. „Alternativ dazu könnte dann auch ein Darlehen mit Nulltilgung an die Betroffenen gezahlt werden“, betonten sie. „Das Argument der leeren Kassen lassen wir nicht gelten, denn es gibt die Möglichkeit, Mittel im Haushalt umzuschichten. Die Bildung der Kinder in Norden sollte dem Rat etwas wert sein“, erklärte Bagusat. Dies alles könne nur ein erster

Schritt zur Linderung akuter Not sein, denn Fakt sei, dass die Regelsätze bei Hartz IV viel zu gering seien. Der Satz für Erwachsene müsse von derzeit 345 auf mindestens 500 Euro angehoben werden und der für Kinder von 207 auf 300 Euro.

Brandes-Steggewentz wies auf eine Kampagne in Oldenburg hin, wo es nach zwei-jährigen Ringen mit der Stadt gelungen sei, einen Lehrmittelfond einzurichten. „Für das zweite Halbjahr 2007 sind jetzt 200.000 Euro dafür bereitgestellt worden und in 2008 werden weitere 400.000 Euro

fließen“, sagte sie. Der ver.di-Erwerbslosenausschuss und die Unterstützer des Projektes (wie unter anderem Arbeitskreis Erwerbslose in Norden, GEW-Kreisverband Norden, Stadtelternrat, Elternrat der Hauptschule Norden und attac Norden) seien zu einem Gespräch mit den Verantwortlichen in Norden bereit. Während der Ratssitzung nutzten sie die Bürgerfragestunde, um ihre Forderungen noch einmal vorzubringen. Die Aktion fand im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Reiches Land – Arme Kinder“ statt.